

Jürgen Stoldt

Kein Atomstrom für Luxemburg?

Luxemburg gehört zwar zu den europäischen Staaten, die auf eigenem Territorium keinen Atomstrom produzieren, doch beim Verbrauch stellt sich die Situation anders dar. Der heimische Stromverbrauch beinhaltet einen nicht unerheblichen Anteil (Strommix) von 9,6 % Atomstrom (2013). Bis 2011 lag dieser Wert sogar noch bei fast 25 %. In der einheimischen Diskussion um Cattenom kommt die ambivalente Situation des Landes immer wieder zur Sprache: Parlament und Bevölkerung protestieren gegen das marode Atomkraftwerk unmittelbar an der Grenze und die neue Regierung übt in der wesentlichen Finanzierungsfrage auf europäischem Niveau deutlichen Druck gegen Atomkraft aus. Doch beim Verbrauch im eigenen Land gelingt es offenbar nicht, Atomstrom außen vor zu lassen.

Der Hintergrund ist folgender: Luxemburg ist zur Deckung seines Stromverbrauchs und zur Aufrechterhaltung eines stabilen Stromnetzes unweigerlich auf Importe angewiesen und kauft etwa 71 % (2013) seines Strombedarfs aus dem Ausland ein, ohne Berücksichtigung des Pumpspeicherkraftwerks Vianden. Welchen Einfluss die Abschaltung der Tvinger-Anlage (Gasturbine in Esch/Alzette), die in der Vergangenheit immerhin bis zu 60 % der Stromproduktion des Landes bereitstellte, auf den Strommix Luxemburgs hat, ist bisher nicht abschätzbar und wird von den Kaufentscheidungen der Endkunden abhängen.

Der europäische Strommarkt ist seit 1996 liberalisiert. Die Kunden (große Industrie-

betriebe, die häufig direkt einkaufen, sowie die Stromversorger, die an die Haushalte und an kleinere Unternehmen weiterverkaufen) können europaweit den Strom

Tatsächlich sind Atomenergie und Braunkohlekraftwerke zurzeit die einzigen Technologien, die über den Strompreis mit den Erneuerbaren mithalten können, da sie noch um ein vielfaches höher subventioniert sind.

an den Strombörsen (insbes. Leipzig) und an außerbörslichen Handelsplätzen frei einkaufen. Dort entscheiden Angebot und Nachfrage über den Preis.

Im Rahmen des liberalisierten europäischen Strommarktes kann der Gesetzgeber also erst einmal niemanden zwingen, eine bestimmte Stromsorte zu kaufen bzw. nicht zu kaufen. Eine Zulassung als Stromverkäufer ist in Luxemburg an minimale Auflagen gebunden, die sich auf die technischen und finanziellen Kapazitäten des Anbieters beschränken. Eine Beschränkung auf bestimmte Stromsorten ist nicht vorgesehen und wäre mit europäischem Recht auch nicht vereinbar. Wenn Arcelor-Mittal oder unsere heimische Zementindustrie Strom einkauft, wird in der Regel das günstigste Angebot den Zuschlag erhalten. Dass scheint allen selbstverständlich und dass damit der Import von französischem oder belgischem Atomstrom einhergeht, wird dem Präsidenten der Industriellenföderation FEDIL wahrscheinlich keine schlaflosen Nächte bereiten. Es ist auch nicht bekannt, dass

die FEDIL sich aus nationalem Interesse gegen die SOTEL-Hochspannungsleitung zwischen Sanem und Frankreich ausgesprochen hätte, die Luxemburg (und Arcelor-Mittal) eine stabile Anbindung an das französische Atomstromnetz gewährleisten wird.

Rentabilitätsgründe stehen auch hinter der Überlegung, die Gasturbinenanlage in Esch/Alzette unter Umständen endgültig abzuschalten. Sie war unter anderem errichtet worden zur Versorgung der Elektrostahlwerke auf Belval und ist seit dem Jahre 2002 in Betrieb. Die Anlage, ein Gemeinschaftsunternehmen von Arcelor-Mittal, Electrabel und ENOVOS (bei ENOVOS ist der luxemburgische Staat Mehrheitsaktionär) ist nicht mehr konkurrenzfähig auf einem Markt, auf dem die Preise insbesondere durch die in Deutschland stark subventionierte Braunkohle und die Entwicklung der Erneuerbaren Energien (die bei der Einspeisung Vorrang genießen) stark unter Druck geraten sind. An der Börse in Leipzig kann es mittlerweile vorkommen, dass die Kunden bei idealen Windgeschwindigkeiten an der Nordsee ihren Strom praktisch kostenlos erhalten und sogar vereinzelt negative Preise bezahlen, damit der Strom aus dem Netz geholt wird.

So kommt es, dass viele klassische Stromwerke heute nicht mehr kostendeckend arbeiten, da ihr Strom praktisch nur zu Spitzenzeiten gebraucht und auch nur dann rentabel ist, wenn nicht genug Wind oder Sonne anfällt. Selbst neue Gasturbinenanlagen werden in Deutschland mittlerweile aus Kostengründen abgeschaltet,

während deutsche Braunkohle und die französischen Atomkraftwerke in die Lücke springen. Tatsächlich sind Atomenergie und Braunkohlekraftwerke zurzeit die einzigen Technologien, die über den Strompreis mit den Erneuerbaren mithalten können, da sie noch um ein vielfaches höher subventioniert sind.

Was den Willen der Regierung anbelangt, den Verbrauch von Atomstrom zu reduzieren, so scheint er sich auf den Perimeter des Staates zu beschränken. Das Regierungsprogramm liest sich folgendermaßen: „Afin d'éviter le recours à des énergies d'origine nucléaire, le Gouvernement prendra des initiatives afin que l'approvisionnement en électricité de l'Etat se fasse à l'avenir exclusivement en énergies renouvelables. Les fournisseurs et les consommateurs d'électricité seront encouragés à lui emboîter le pas et éviter le recours à des énergies nucléaires notamment dans le cadre de leurs démarches RSE (responsabilité sociale des entreprises).“ Mittlerweile hat der Staat öffentliche Ausschreibungen lanciert, um alle öffentlichen Gebäude mit grünem Strom zu versorgen. Viele Gemeinden haben hier übrigens schon seit Jahren vorgemacht, wie man zu einem überzeugenden Ergebnis kommt. Was Privatkunden, Industrie und Stromlieferanten anbelangt, so möchte die Regierung sich darauf beschränken, an deren guten Willen zu appellieren, was bei den Privatkunden und den Gemeinden auch funktioniert, die ihren fast zu 100 % grünen Strom über CREOS und Sudstream erhalten. Atomstrom kommt fast ausschließlich über das Industrienetz der SOTEL aus Belgien zu uns, bzw. über die neue Leitung aus Frankreich. Der Industrie sicherte die Regierung im Koalitionsprogramm denn auch als absolute Priorität die Gewährleistung einer stabilen und konkurrenzfähigen Stromversorgung zu.

Österreich hat hier einen anderen Weg eingeschlagen. Das österreichische Parlament hat schon 1999 ein Gesetz „für ein atomfreies Österreich“ geschaffen, das Verfassungsrang genießt (soviel zur Kreativität, die man sich andernorts in Verfassungsfragen leistet ...). Österreich hat sich in den letzten Jahren auch in eine Reihe von Rechtsstreitigkeiten mit seinen Nach-



Zeichnung von Franz Marcus aus dem Jahr 1986 (aus: *Cartoons contre Cattenom*, Oeko-Fonds, 1986)

barländern eingelassen, um die Schließung von Atomkraftwerken zu erwirken – scheut sich also nicht davor, die diplomatische Stimmung zu trüben. Schließlich hat die österreichische Regierung letztes Jahr über ein Gesetz alle Stromlieferanten auf dem österreichischen Markt gezwungen, nur solchen Strom einzukaufen, bei dem der Anteil an Atomstrom gekennzeichnet ist. In der Folge hat sie in einer konzertierten Aktion erreicht, dass alle Stromkunden in Österreich „freiwillig“ darauf verzichten, Strom zu importieren, der einen Anteil Atomstrom enthält. Gegenüber dieser „Einschränkung des freien Marktes“ hat die EU-Kommission allerdings Bedenken angemeldet: die Verpflichtung zur Kennzeichnung von Atomstrom, dem sich bislang ein Drittel aller EU-Länder entziehen, könne im Rahmen des liberalisierten Energiemarktes nicht verpflichtend sein. Vor diesem Hintergrund sieht die Luxemburger Regierung die Frage der Umsetzung eines Importverbots als rechtlich problematisch an.

Während die österreichische Position im EU-Ministerrat jetzt schon von Carole Dieschbourg unterstützt wird (siehe Kasten Seite 31), könnte auch das luxemburgische Parlament ein Signal setzen, indem es über eine Motion die Regierung auffordert, den österreichischen Weg auch für Luxemburg zu prüfen und mehr über ihren Anti-Atomkurs zu berichten. Eine jährliche Debatte in der Chamber über das Thema Cattenom, bei dem die Fortschritte in den Verhandlungen mit Frankreich geprüft werden und die Aktionen der Regierung für einen tatsächlichen „Atomausstieg“ debattiert werden, wäre den Aufwand sicherlich wert. Die Aussicht, dass das störanfällige Atomkraftwerk Cattenom für weitere 30 Jahre in Sichtweite der Hauptstadt in Betrieb bleiben soll, müsste unseren Parlamentariern eigentlich Flügel wachsen lassen. ♦